

Standpunkte zur Bundestagswahl 2021

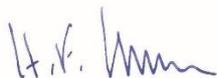
Die Bundestagswahl am 26. September ist eine Richtungsentscheidung für unser Land. Der neue Bundestag, die zukünftige Regierungskoalition und vor allem die Bundesregierung werden vorgeben, ob wir zu einer wirtschaftsnahen Politik zurückfinden und so die Soziale Marktwirtschaft neu entfesseln. Oder ob wir weiter auf staatliche Interventionen setzen, mehr und mehr regeln und so unser wirtschaftliches Handeln weiter begrenzen. Wir sind überzeugt: die Zukunftsversprechen zum Klimaschutz, für sichere Renten, soziale Sicherung und einen Abbau der gigantischen Schuldenberge lassen sich nur durch eine stabile Wachstumspolitik und technische Innovationsfreude einlösen. Der notwendige Neustart geht nur mit der Wirtschaft.

Es braucht jetzt kluge und wachstumsfördernde Weichenstellungen, damit die Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Beschäftigten nachhaltig erfolgreich wird. Die Wirtschaftskraft des deutschen Handels trägt entscheidend dazu bei, die Steuereinnahmen des Staates zu sichern. Der nationale und internationale Handel schafft Wohlstand - wenn man ihn lässt.

Mit unseren Positionen wollen wir Impulse und Hinweise geben, wie die Politik unseren Handel und damit unseren Wohlstand fördern sollte. Lautstarke Forderungen nach Subventionen gehören nicht dazu. Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung und mehr Anstrengungen für den Freihandel, die Wettbewerbsfähigkeit und den Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Lösungen – dafür steht NORDHANDEL.

Die zahlreichen Forderungen nach einem umfassenden Umbau der Wirtschaft durch staatliche Hand verkennen die enorme Innovationskraft, die unsere Soziale Marktwirtschaft entfaltet – wenn man sie lässt. Auch den Herausforderungen des Klimawandels können wir nur begegnen, indem wir dieses Potenzial ausschöpfen. Nur so können nachhaltiges Wirtschaftswachstum, nachhaltige Innovationen im Klimaschutz sowie ein nachhaltig finanzierter Sozialstaat bestehen.

Statt in der Wirtschaft den Problemverursacher zu identifizieren, sollten wir die in ihr liegende Lösungskraft nutzen und so die Krisen dieser Zeit als Chancen des Aufbruchs begreifen. Wenn uns dies gelingt, können wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Der norddeutsche Handel setzt sich mit aller Kraft für diese Zukunft ein. Mit den Forderungen zur Bundestagswahl gibt NORDHANDEL den zu wählenden Repräsentanten eine Handreichung für die 20. Legislaturperiode und macht die handelsstufen- und branchenübergreifenden Interessen des Handels sichtbar.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "H. F. Kruse".

Dr. Hans Fabian Kruse
Präsident NORDHANDEL

Inhaltsverzeichnis

1. Außenhandelsstandort
Norddeutschland sichern S. 3
2. Handel in Fahrt halten:
Wirtschaftsverkehre sichern! S. 4
3. Chancen der Digitalisierung nutzen S. 5
4. Die Zukunft im Blick: Bildung &
Chancen ermöglichen S. 6
5. Europa voranbringen! S. 7
6. Zukunftsfeste Haushaltspolitik
gestalten S. 8
7. Freihandel stärken S. 9
8. Menschenrechte in Lieferketten
wahren S. 10
9. Brücken bauen für den Aufschwung S. 11

Außenhandelsstandort Norddeutschland stärken

Mit ihrer jahrhundertelangen Außenhandelstradition ist die Metropolregion Hamburg nicht nur für den Norden, sondern für ganz Deutschland die zentrale Drehscheibe für den Außenhandel. Diese Geschichte hat starke Außenhandelsunternehmen mit fachkundigen Beschäftigten hervorgebracht, die auf eine gute Infrastruktur im Hinblick auf Hafen und Seeverkehr, Flughafen, Schienen- und Fernstraßennetz, Logistiker sowie ein spezialisiertes Unternehmensnetzwerk durch Banken, Versicherer, Verbände und Dienstleister zurückgreifen können. Die Rahmenbedingungen für den Außenhandel in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder verändert und werden durch die Politik im Bund und in den Ländern fortlaufend beeinflusst. Durch neue Wettbewerber auf der globalen Bühne, die häufig unter leichteren Bedingungen agieren, geraten viele deutsche Unternehmen im Wettbewerb zunehmend unter Druck.

NORDHANDEL fordert:

- [Wirtschaftsstandort Norddeutschland stärken.](#)
- [Hafenkooperation stärken.](#)
- [Deutschland als Markt international attraktiv halten.](#)

Durch stärker werdende Wettbewerber auf den internationalen Märkten, wird es umso wichtiger, den Wirtschaftsstandort Deutschland und insbesondere die Metropolregion Hamburg zu stärken. Globale Kräfteverschiebungen erfordern ein besonders umsichtiges Handeln bei der Förderung eines modernen Außenhandels auf der einen Seite und der Vermeidung von Hindernissen für denselben auf der anderen Seite.

Mit Blick auf außenwirtschaftliche Aktivitäten bieten die günstigen Lagen der norddeutschen Seehäfen große Möglichkeiten. Um diese zu nutzen, gilt es für die norddeutschen Länder die Hafenkooperation zu forcieren und weniger untereinander in Wettbewerb zu treten. Die Bundesregierung sollte sich dafür stark machen, dass Hamburg, Bremen, Bremerhaven und Wilhelmshaven sowie weitere norddeutsche Häfen gemeinsam im Wettbewerb mit den großen europäischen Häfen wie Rotterdam und Antwerpen sowie weltweit mithalten können.

Für den deutschen Außenhandel insgesamt ist von entscheidender Bedeutung, dass die bürokratischen Hürden auf einem Niveau gehalten werden, welches die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Ausland nicht gefährdet. Noch genießt Deutschland einen hervorragenden Ruf in der Welt. Die steigenden Anforderungen des deutschen Marktes werden jedoch zunehmend im Ausland auch als Protektionismus wahrgenommen.

Notwendig ist eine Politik, die für Unternehmen gute Rahmenbedingungen und Planungssicherheit schafft. Nur so kann sichergestellt werden, dass KMU auch zukünftig erfolgreich Außenhandel betreiben und im Ausland investieren können.

Handel in Fahrt halten: Wirtschaftsverkehre sichern

Funktionierende Liefer- und Wirtschaftsverkehre sind die Lebensadern des deutschen Handels. Vom See- und Flughafen über die Autobahn bis hinein in die Straßen der Innenstädte. Gewerbetreibende und Dienstleister müssen sich darauf verlassen können, dass diese reibungslos funktionieren. Ausufernde Planungsverfahren für überregionale Infrastrukturprojekte sind ebenso schädlich wie die Behinderung des Wirtschafts- und Lieferverkehrs in den Innenstädten. Die künftige Bundesregierung muss ihren Einfluss daher geltend machen, um die ganze Bandbreite eines funktionierenden Wirtschaftsverkehrs sicherzustellen: Angefangen bei den Verbindungen, die in der Hand des Bundes liegen bis hin zu klarem Einsatz gegenüber den Ländern und Kommunen für die Planung der Innenstädte.

NORDHANDEL fordert:

- Die zügige Fertigstellung essenzieller Verkehrsprojekte wie den Fehmarnbelt-Tunnel und die A26-Ost.
- Planungsbeschleunigung für Infrastrukturprojekte.
- Einsatz für funktionierende Liefer- und Wirtschaftsverkehre von der Autobahn bis in die Innenstädte.

Die Fehmarnbelt-Querung und die dazugehörige Hinterlandanbindung ist mittelfristig die größte verkehrspolitische Herausforderung für Norddeutschland. Die deutsche und die nordeuropäische Wirtschaft werden enger zusammenarbeiten und genauso wie der Hamburger Hafen davon profitieren. Zwischen den Metropolen Hamburg und Kopenhagen entsteht eine Region mit rund 10 Mio. Einwohnern, die erheblich von der besseren Verkehrsanbindung und dadurch entstehenden wirtschaftlichen Vorteilen gewinnen werden. Allein der Güterverkehr zwischen Deutschland und Schweden wird künftig 160 km Umweg einsparen.¹ Deshalb ist es von so entscheidender Bedeutung, dass dieses Projekt nach jahrelanger Verzögerung nun endlich zum Abschluss gebracht und die Hinterlandanbindung fertiggestellt wird.

Künftige Infrastrukturprojekte müssen schneller und effizient umgesetzt werden können, ohne u.a. durch Verbandsklagen ewig hinausgezögert zu werden. Deutschland braucht starke Straßen und Schienen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, Chancen zu nutzen und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale – auch in den norddeutschen Küstenländern – auszuschöpfen.

Genauso müssen die regionalen Wirtschaftsverkehre fließen können. Autos aus der Innenstadt zu verbannen, ist schlicht zu kurz gedacht. Um Staus zu vermeiden, aber dennoch alle Verkehrsträger zu berücksichtigen, müssen Zentren smarter werden: smart parking, smarte Ampelschaltung, smartes Baustellenmanagement und smarte, frei verfügbare Verkehrs-Echtzeitdaten für Navigations-Apps, um den Zentrumsverkehr zu minimieren. Zusätzlich dürfen keine weiteren Parkplätze abgebaut werden. Letztlich ist auch klimaneutrale Mobilität eng mit dem fairen Miteinander der Verkehrsträger verbunden.

¹ Vgl. Femern A/S: <https://femern.com/de/Benefits/Benefits-for-me/Germany>, Zugriff: 28.07.2021.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die digitale Transformation bedeutet auch für den Handel eine einschneidende Revolution. Aus ihr erwachsen riesige Chancen. Diese zu nutzen ist essenziell, um den deutschen Handel zukunftsfest aufzustellen. Voraussetzung dafür ist eine aktive Digitalisierungspolitik, die Innovationen fördert und eine leistungsfähige digitale Infrastruktur sicherstellt. Die Bundesrepublik ist bei der digitalen Transformation im weltweiten Vergleich nur Mittelmaß.² Die Bundesregierung muss hier ambitioniert nach vorne gehen und Deutschland zum digitalen Vorreiter machen.

NORDHANDEL fordert:

- Gigabit-Netzausbau in allen Regionen.
- Digitale Verwaltungen voranbringen.
- Datenschutz praktikabel sichern.

Deutschland steht im globalen Wettbewerb, um digitale Innovationen und eine moderne Wirtschaft. Damit die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft voll ausgeschöpft werden kann, brauchen deutsche Unternehmen die dafür nötige Infrastruktur. Flächendeckende Gigabitnetze sind hier unabdingbar. Egal, ob auf dem Land oder in der Metropole, überall müssen Unternehmen mit Highspeed am Netz sein.

Durch die Digitalisierung hat auch der Online-Handel in Deutschland einen wahren Boom erlebt. 2019 wurden 468 Mrd. Euro von E-Commerce-Unternehmen erwirtschaftet und 67 Prozent der Unternehmensneugründungen basieren auf einem rein digitalen Geschäftsmodell.³ Für die Kommunen bedeutet dies, die Attraktivität der Innenstädte zu wahren und zu fördern, um dieses Alleinstellungsmerkmal des stationären Handels zu erhalten. Für den Bund bedeutet diese Entwicklung, dass die deutsche Verwaltung hier mitziehen und digitaler werden muss. Für Unternehmen sollte ein moderner und unkomplizierter Behördenzugang nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein. Statt Zettelwirtschaft und Kommunikation mit vielen verschiedenen Stellen, ist eine Bündelung nach dem Once-Only-Prinzip erstrebenswert.

Auch beim Thema Datenschutz ist es für den Handel entscheidend, dass grundsätzlich einheitliche Lösungen auf europäischer Ebene gefunden werden, diese aber praktikabel umsetzbar bleiben. Die Umsetzung der DSGVO führt bei vielen Unternehmen zu erheblichen Schwierigkeiten und sorgt beim Kunden nicht selten für Verdruss. Es muss das Ziel sein die Regelung so zu novellieren, dass sie ausgewogen und praktikabel anwendbar wird. Gleichzeitig ist unbedingt darauf zu drängen, dass es eine in der EU einheitliche Auslegung der Regeln gibt.

² Vgl. The Dell Technologies Digital Transformation Index: <https://www.delltechnologies.com/en-us/perspectives/digital-transformation-index.htm#scroll=off>, Zugriff 28.07.2021

³ Vgl. Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh): Impact of E-Commerce: <https://www.bevh.org/impact-of-e-commerce.html>, Zugriff 28.07.2021.

Die Zukunft im Blick: Bildung & Chancen ermöglichen

Bildung ist der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Das ist nicht nur eine viel bemühte Floskel, sondern besonders in einer Zeit, in der neue Ideen und Innovationen zur Lösung der großen Herausforderungen unabdingbar sind, eine schlichte Tatsache. Neue Fachkräfte durch hervorragende Ausbildung und kontinuierliche Weiterbildung sichern Wohlstand und die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Denn qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal ist die Grundlage für jeden wirtschaftlichen Erfolg. Ziel der künftigen Bundesregierung muss es daher sein, Bildung als zentrales Element der Politik zu betrachten und weiterzuentwickeln.

NORDHANDEL fordert:

- Berufliche und universitäre Bildung gleichermaßen zu fördern und auf eine Gleichstellung hinzuwirken.
- Eine stetige Weiterentwicklung von Aus- und Weiterbildung für moderne Berufsbilder zu unterstützen.
- Die Digitalisierung in der Bildung angemessen und zügig unterstützen.

Die duale Ausbildung ist ein internationales Erfolgsmodell. Die kluge Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung bereitet junge Menschen bestmöglich auf ihre berufliche Zukunft vor und ist ein hervorragendes Instrument zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Umso alarmierender ist es, dass die Anzahl der Auszubildenden in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren spürbar abgenommen hat.⁴ Es ist daher entscheidend, das System der dualen Ausbildung zu stärken damit die Zukunft des deutschen Mittelstandes gesichert ist. Dafür ist eine spürbare und sichtbare Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung erforderlich. Um dies auch im gesellschaftlichen Bild zu erreichen, ist die Gleichsetzung von beruflicher Bildung und Universitätsabschluss erforderlich. Damit kann auch einer zunehmenden Akademisierung entgegengewirkt werden. Zudem muss weiter darauf hingewirkt werden, die Berufsbilder stetig zu modernisieren und den aktuellen Erfordernissen des Marktes anzupassen.

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat offenbart, dass es in der Bildung erhebliche Defizite bei der Digitalisierung in Deutschland gibt. Es muss Ziel einer nationalen Strategie zur Stärkung der beruflichen Bildung sein, dass hier alle Möglichkeiten moderner Lehre ausgeschöpft werden. Von E-Learning bis zur Nutzung von Virtual Reality in der Ausbildung muss Deutschland zum Vorreiter werden. Neben der dafür notwendigen technischen Ausstattung, muss auch eine stete Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte in digitaler Didaktik und Umgang mit der Hardware sichergestellt sein.

⁴ Vgl. Statista: Anzahl der Auszubildenden in Deutschland von 1950 bis 2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156916/umfrage/anzahl-der-auszubildenden-in-deutschland-seit-1950/>, Zugriff: 28.07.2021.

Das europäische Projekt sichert seit Jahrzehnten Wohlstand und Frieden auf unserem Kontinent. Der Kern von Europa liegt in unserem gemeinsamen Binnenmarkt. Der europäische Handel profitiert von der Freizügigkeit und den offenen Grenzen. Und die EU-Bürger profitieren von einem florierenden Handel, denn jeder siebte Arbeitsplatz in der EU hängt vom Export ab.⁵ Doch gerade diese historischen Errungenschaften wurden durch Grenzschießungen und Kontrollen in den vergangenen Monaten der Pandemie auf eine harte Probe gestellt. Umso entscheidender ist es, dass die Bundesrepublik sich nun mehr denn je als Treiber Europas begreift und für eine engere Union eintritt.

NORDHANDEL fordert:

- Europäischen Binnenmarkt ausbauen.
- Digitalen Binnenmarkt stärken.
- Entscheidungsfindung effizienter machen.

Es gilt den europäischen Binnenmarkt weiter auszubauen und zu stärken. Damit soll jeder protektionistischer Bestrebung entgegengewirkt und der Wettbewerb innerhalb der Union gefördert werden. Die künftige Bundesregierung sollte daher zum einen Alleingänge bei nationalen Regularien für den Handel unterlassen und zum anderen darauf hinwirken, dass auch die übrigen Staaten der europäischen Union sich auf gemeinsame Standards verständigen, statt in nationale Sonderwege zu verfallen. Darüber hinaus ist es in den vergangenen Jahren immer wieder vorgekommen, dass bereits bestehende EU-Richtlinien, wie etwa die DSGVO, nicht einheitlich interpretiert und umgesetzt werden. Das bedeutet für alle Unternehmen, die innerhalb der EU international agieren enormen bürokratischen Aufwand, den es zu vermeiden gilt. Auch hier ist es Aufgabe der neuen Bundesregierung auf ein geschlossenes Vorgehen hinzuwirken.

In Zeiten der digitalen Transformation spielt auch der digitale Binnenmarkt eine immer größere Rolle. Barrieren müssen abgebaut, Regularien vereinfacht und Datenzugänge erleichtert werden. Ziel muss es sein, den bestmöglichen Rahmen zu schaffen, um das volle Wachstumspotenzial der digitalen Wirtschaft in Deutschland und Europa auszuschöpfen

Damit die Europäische Union handlungs- und wettbewerbsfähig bleibt sowie die notwendigen Reformen zügig umsetzen kann, ist die künftige Bundesregierung gefordert das Einstimmigkeitsprinzip in Teilen durch das Mehrheitsprinzip zu ersetzen. So sollten zwar Entscheidungen, die den deutschen Staatshaushalt belasten können, wie etwa die Steuerpolitik, weiterhin dem Einstimmigkeitsprinzip unterliegen. Geht es jedoch um die Vereinheitlichung von Regularien, die den Handel betreffen, sollte das Mehrheitsprinzip greifen. Auf diese Weise ist die EU in der Lage effizient ein regulatorisch ansprechendes Umfeld für den Handel zu etablieren.

⁵ Vgl. Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland:
https://ec.europa.eu/germany/handelspolitik_der_eu_de, Zugriff: 28.08.2021.

Zukunftsfeste Haushaltspolitik gestalten

Der deutsche Handel ist ein wesentlicher Baustein für die Finanzierung des deutschen Sozialstaates. Dafür übernimmt er gerne und engagiert Verantwortung. Damit dies auch in Zukunft gelingt, ist es unerlässlich, dass der deutsche Staat verantwortungsvoll mit den erwirtschafteten Steuergeldern umgeht. In den Jahren vor Beginn der Corona Pandemie ist dies im Wesentlichen gelungen. Seit 2014 wurden jedes Jahr eine Neuverschuldung vermieden und die Staatsschuldenquote so sukzessive gesenkt.⁶ Diesen Weg gilt es nach der Krise wieder aufzugreifen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern.

NORDHANDEL fordert:

- Strikte Einhaltung der Schuldenbremse
- Leistungsanreize durch Senkung der Gesamtsteuerlast
- Investive statt konsumtive Ausgaben

Die seit 2011 greifende Schuldenbremse hat wesentlich zu der positiven Entwicklung in den Vorkrisenjahren beigetragen. Die Corona-Krise hat für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 jedoch zu einem sprunghaften Schuldenanstieg geführt, der die zuvor erreichten Wegmarken gänzlich tilgt.⁷ Die Schuldenbremse bleibt umso mehr ein starkes Instrument zur Wahrung der Haushaltsdisziplin. Durch sie ist jede Bundesregierung gehalten, Leistungsversprechen an realistischen Maßstäben zu orientieren. Damit verhindert sie, dass politische Entscheidungen allein aufgrund theoretischer Ideologien getroffen werden, ohne auf solider Basis zu fußen. Die Schuldenbremse ist nicht zuletzt auch deshalb so wirksam, weil sie durch ihre Verankerung im Grundgesetz unabhängig von den jeweils regierenden politischen Kräften gelten sollte. Der Erfolg dieses Instruments muss von der künftigen Bundesregierung anerkannt werden. In der Folge muss unbedingt darauf verzichtet werden, sie in Frage zu stellen oder gar aufzugeben.

Die Tilgung der Schuldenberge ist eine Aufgabe, die zur Wahrung eines stabilen Staatshaushalts und damit für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland unerlässlich ist. Dafür ist stabiles und nachhaltiges Wachstum erforderlich. Ohne den Handel und die Wirtschaft insgesamt wird dies jedoch nicht gelingen. Es ist daher geboten der Wirtschaft weder in der akuten Krisensituation noch langfristig Steuererhöhungen zuzumuten. Stattdessen sollte die Bundesregierung eine Senkung der Gesamtsteuerlast ins Auge fassen. Damit können Leistungsanreize für Wachstum gesetzt werden.

Um einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung Vorschub zu leisten und das Wachstum darüber hinaus zu fördern, sollte die künftige Bundesregierung in den kommenden Jahren zudem in erster Linie auf investive, statt konsumtive Ausgaben setzen.

⁶ Vgl. Statista: Staatsverschuldung von Deutschland gemäß Maastricht-Vertrag von 1991 bis 2020, Zugriff: 13.08.2021.

⁷ Vgl. ebd.

Deutschland lebt vom Außenhandel und von der engen Verflechtung in die Weltwirtschaft. Außenhandel und Außenwirtschaft garantieren Wohlstand, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in vielen weiteren Staaten. Die Zahlen sprechen für sich: 2020 exportierte Deutschland Waren im Wert von 1.205 Milliarden Euro.⁸ In der Bundesrepublik hängt jeder vierte Arbeitsplatz direkt vom Export ab.⁹ Freihandel zu fördern und die internationalen Märkte offen zu gestalten, muss daher im ureigensten Interesse einer neuen Bundesregierung liegen.

NORDHANDEL fordert:

- WTO stärken.
- Freihandel fördern.
- CETA & Mercosur ratifizieren.
- Verhandlungen zwischen EU und USA über Freihandelsabkommen wieder aufnehmen.

Die Liberalisierung des Handels im Rahmen der WTO stellt weiterhin die beste Option dar, um mit multilateralen Verhandlungen einen umfassenden und gleichmäßigen Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen weltweit zu gewährleisten. So war das multilaterale Welthandelssystem in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts die entscheidende Basis für einen historisch nie gesehenen globalen Wachstumsprozess. Deshalb müssen weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um die WTO zu stärken.

Doch solange global geltende Regularien auf Basis des multilateralen Regimes der WTO nur schwer umsetzbar sind, bleiben Freihandelsabkommen ein geeignetes Instrument, um Wohlstand weltweit zu sichern und zu steigern. Deshalb darf der Abschluss neuer Freihandelsverträge nicht unnötig verzögert werden. Zugleich müssen bestehende Verträge fortlaufend auf ihre Qualität hin überprüft und ggf. neu verhandelt werden. Handelskriege, wie sie in den letzten Jahren beispielsweise zwischen den USA und China zu beobachten waren, schaden der Weltwirtschaft, mindern Wohlstand und müssen u.a. durch Handelsverträge unbedingt vermieden werden. Die neue Bundesregierung muss mit Nachdruck für die Ratifizierung der bereits verhandelten Freihandelsabkommen CETA und Mercosur eintreten. Eine weitere Verzögerung schadet dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik als zuverlässigem Handelsstandort. Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen würde zudem die Chance eröffnen, dem Handel zwischen den wichtigsten Wirtschaftsblöcken neue Impulse zu geben und den internationalen Standardsetzungsprozess wesentlich mitzuprägen. Protektionistischen Bestrebungen, wie sie auch nach der Trump-Regierung jenseits des Atlantiks bestehen, muss entgegengetreten werden.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html, Zugriff 28.07.2021.

⁹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.): [Fakten zum Deutschen Außenhandel](#), S. 3., Zugriff 28.07.2021.

Menschenrechte in Lieferketten wahren

Zum Ende der 19. Legislaturperiode hat die Regierungskoalition das Gesetz zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten in Lieferketten beschlossen. Für den deutschen Handel steht fest: Menschenrechte sind unverhandelbar und ihre Einhaltung sowie Durchsetzung ist im Interesse der gesamten Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft. Viele deutsche Unternehmen investieren und engagieren sich weltweit und tragen dadurch zu mehr Wohlstand und einer besseren Lebenssituation für viele Menschen im Ausland bei. Dieses herausragende Engagement wird durch unrealistische und in der Praxis schwer umsetzbare gesetzliche Vorgaben wie dem Lieferkettengesetz nicht gefördert, sondern erschwert.

NORDHANDEL fordert:

- Verantwortung für die Einhaltung von Sorgfaltspflichten nicht einseitig auf die Privatwirtschaft verlagern.
- Ablösung des nationalen Lieferkettengesetzes durch eine praktikable europäische Lösung.
- Berücksichtigung von bereits bestehenden Zertifizierungen und Engagements.

Unternehmer in Deutschland handeln verantwortungsvoll und nehmen ihre Pflichten sehr ernst. Weltweit tragen sie durch ihr unternehmerisches Engagement im Ausland zu erfolgreichen ökonomischen Entwicklungen in Drittstaaten bei. Gemeinsames Ziel muss sein, weiter nachhaltig und wirkmächtig für möglichst gute Bedingungen weltweit zu sorgen. Dafür ist es nötig, dass der Staat sich nicht allein in eine Rolle flüchtet, in der er lediglich die Wirtschaft auf Grundlage, der von ihr geschaffenen Gesetzeslage überwacht. Stattdessen muss Einigkeit darüber hergestellt werden, dass die Einhaltung und Besserung von Menschenrechten Aufgaben sind, bei der Wirtschaft und Politik Hand in Hand gehen müssen, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

Denn die Verantwortung für die Einhaltung der von den Vereinten Nationen aufgestellten Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten liegt nicht allein bei der Privatwirtschaft. Aus diesem Grund ist es auch nicht zielführend, diese Verantwortung allein dort zu platzieren. In erster Linie obliegt es der Politik, sich mit den ihr zur Verfügung stehenden und wirkmächtigen Mitteln für die Durchsetzung von Menschenrechten im Ausland einzusetzen. Deshalb darf das nun beschlossene Gesetz nicht dazu führen, die Politik aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Das nationale Lieferkettengesetz verschafft Unternehmen, die auf internationalen Märkten agieren, Nachteile. Die kommende Bundesregierung sollte deshalb auf die Ablösung der nationalen Gesetzgebung hinwirken und für eine zumindest europäische Lösung eintreten. Diese muss die in der nationalen Gesetzgebung gemachten Fehler korrigieren und sollte nur dann zum Zug kommen, wenn es praxistauglich ausgestaltet ist. Das bedeutet in erster Linie, die durch das nationale Gesetz entstandenen Rechtsunsicherheiten zu beseitigen und die unrealistischen bürokratischen Lasten abzumildern. Zudem muss eine europäische Gesetzgebung bereits bestehende Zertifizierungssysteme und den damit erbrachten Einsatz von Unternehmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation weltweit berücksichtigen.

Brücken bauen für den Aufschwung

Die noch am Beginn stehenden zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts sind global im Krisenmodus gestartet. Nun gilt es, aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen und die 20. Legislaturperiode zu nutzen, um dieses Jahrzehnt zu einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte werden zu lassen. Dafür ist es entscheidend dem Handel die nötige Freiheit und Förderung zu geben. Die künftige Bundesregierung muss gemeinsam mit der Wirtschaft Brücken bauen, damit wir einen kraftvollen Aufschwung erreichen können.

NORDHANDEL fordert:

- Aufschwung ermöglichen und Belastungen vermeiden.
- Steuererhöhungen verhindern und Erleichterungen prüfen.
- Klimaschutz durch Innovation: Mit und nicht gegen die Wirtschaft.

Deutschland braucht eine starke Wirtschaft mit einem starken Mittelstand mehr denn je, um die Folgen der Krise bewältigen zu können. Sie zu unterstützen, muss Ziel einer jeden künftigen Bundesregierung sein. Doch in den vergangenen Jahren sehen sich mittelständische Unternehmen zunehmend starken Belastungen ausgesetzt. Angefangen bei steigenden Energie- und Lohnzusatzkosten bis hin zum sog. Lieferkettengesetz. Die künftige Bundesregierung ist dringend gefordert eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuleiten, damit unser Mittelstand nicht zunehmend unter den Belastungen ächzt.

Forderungen nach einer Erhöhung der Unternehmenssteuern oder einer Vermögenssteuer sind falsch und konterkarieren den jetzt nötigen Aufschwung. 71 Prozent der deutschen Familienunternehmen geben an, dass sie ihre Investitionstätigkeiten einschränken würden, sollten Pläne für starke Steuererhöhungen umgesetzt werden.¹⁰ Statt sich an Regulierungen und finanziellen sowie bürokratischen Belastungen zu orientieren, muss die Politik den nötigen Freiraum für Unternehmen schaffen. Das bedeutet einen Verzicht auf Steuererhöhung und die Prüfung von Steuererleichterung, um Handel und Wirtschaft anzukurbeln.

Weiter müssen Regulierungen der Wirtschaft unterlassen werden, die den Handel erschweren. Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe, die nur mit der Innovationskraft der Wirtschaft erreicht werden kann. Damit dies gelingt darf diese Innovationskraft jedoch nicht durch Regulierung und Verbote unterdrückt werden. Der Handel trägt täglich zu Lösungen bei, um Güter und Waren effizient und umweltfreundlich zu transportieren. Den effizienten und schonenden Umgang mit Ressourcen erreichen wir über technischen Fortschritt und nicht über fortschritthemmende Verbote.

¹⁰ Vgl. Umfrageergebnisse von DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. und DIE JUNGEN UNTERNEHMER e.V. im 2. Quartal 2021: <https://www.familienunternehmer.eu/presse-news/pressemitteilungen/detail/article/familienunternehmer-umfrage-auf-steuern-rauf-folgt-investitionen-runter.html>, Zugriff: 28.07.2021.